

Gefährliche «neue Agenda»

Amnesty International kritisiert die Relativierung des Folterverbots

Amnesty International (AI) zieht im jüngsten Jahresbericht eine düstere Bilanz über die Menschenrechtslage. Regierungen hätten ihre Versprechen gebrochen und führten eine gefährliche Agenda.

Eine neue Agenda sei im Entstehen begriffen, die in Tat und Wahrheit eine Politik der Unsicherheit und der Angst sei, heisst es in dem am Mittwoch veröffentlichten Jahresbericht der Menschenrechtsorganisation. Diese neue Agenda hat gemäss AI in allen humanitären Krisen und vergessenen Kriegen des letzten Jahres versagt und zahllose Opfer gefordert.

«Die Regierungen haben es nicht geschafft, ihre Führungsrolle wahrzunehmen und müssen dafür zur Verantwortung gezogen werden», sagte Amnesty-Generalsekretärin Irene Khan in London.

Politik der Angst

«Regierungen haben ihre Versprechen zur Einhaltung und Förderung der Menschenrechte gebrochen», sagte Khan. Dazu gehörten «zynische Versuche», die Folter neu zu definieren und von negativen Assoziationen zu befreien. In Darfur habe die sudanesishe Regierung eine Menschenrechtskatastrophe ausgelöst, doch die Reaktion der internationalen Gemeinschaft sei zu zögernd und zu spät gekommen. In der Demokratischen Republik Kongo habe es keine wirksame Reaktion auf die systematische Vergewaltigung Zehntausender von Frauen, Kindern und sogar Babys gegeben.

Trotz den Wahlen sei Afghanistan in eine Spirale der Gesetzlosigkeit und Instabilität geschlittert, und in Irak habe die Gewalt epidemische Ausmasse angenommen. Auf nationaler Ebene verstiessen laut Amnesty Regierungen gegen Menschenrechte mit schrecklichen Folgen für die Bevölkerung.

Bequeme Lösungen

Gemäss Berichten hätten russische Soldaten Frauen in Tschetschenien vergewaltigt, ohne dafür zur Verantwortung gezogen worden zu sein. Und die Regierung von Simbabwe habe rein aus politischen Gründen eine Nahrungsmittelknappheit provoziert.

Die Vergehen gegen die Menschenrechte durch Regierungen seien von immer schrecklicheren Terrorakten bewaffneter Gruppen begleitet gewesen, die ein ganz neues Niveau an Brutalität erreicht hätten.

«Die auf Video festgehaltenen Enthauptungen von Geiseln in Irak, die Geiselnahme Tausender Menschen einschliesslich Hunderter Kinder in einer Schule in Beslan und das Massaker an Hunderten von Pendlern in Madrid haben die Weltöffentlichkeit schockiert», sagte Khan.

Trotzdem hätten die Regierungen bei der Aufgabe versagt, neue Antworten auf den Terrorismus zu finden. Sie hielten an bereits fehlgeschlagenen, aber politisch bequemen Lösungen fest. Vier Jahre nach dem 11. September bleibe das Versprechen einer sichereren Welt noch immer uneingelöst.

Foltermacht USA

Einer der grössten Angriffe auf die globalen Werte sei der Versuch der amerikanischen Regierung gewesen, das absolute Verbot der Folter durch eine neue Politik und eine Pseudo-Management-Sprache wie «Stresspositionen» oder «sensorische Manipulation» zu verwässern.

«Die USA als konkurrenzlose politische, militärische und wirtschaftliche Supermacht setzen die Tonlage für das Verhalten von Regierungen weltweit. Wenn das mächtigste Land der Welt Rechtsgrundsätze und Menschenrechte mit den Füßen tritt, gibt es damit anderen Ländern einen Freipass für Vergehen, die ungestraft bleiben», sagte Irene Khan weiter. (sda)